

**XXI. Beirat beim Ortsamt Burglesum**  
**Niederschrift über die 30. Beiratssitzung am 24.02.2026**  
**Schulzentrum des Sekundarbereichs II an der Bördestraße,**  
**Bördestraße 10, 28717 Bremen**  
**Beginn: 19:00 Uhr**  
**Ende: 21:15 Uhr**

Anwesend waren

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

SPD: Maren Wolter, Lizza Besecke, Niels Heide, Bianca Lönnecker, Hartmut Kusber, Alessandro Bünnagel

CDU: Helga Lürßen, Martin Hornhues, Kerstin Curtius, Isolde Eylers, Heiko Klepatz

Bündnis 90/Die Grünen: Ulrike Schnaubelt, Barbara Punkenburg

Bündnis Deutschland: Jens-Rainer Jurgan

FDP: Julian Serbest

BSW: Rainer Tegtmeier

Parteilos: Oliver Meier

Vorsitzender: Florian Boehlke, Ortsamtsleiter

Protokoll: Sabine Tietjen, Abwesenheitsvertretung der Ortsamtsleitung

Gäste:

Rowena Schröder, Amt für Soziale Dienste

Stefanie Rohbeck, Bauamt Bremen-Nord

Merle Tönsmeier, Bauamt Bremen-Nord

\*

**Herr Boehlke** eröffnet die Sitzung.

**Herr Boehlke** weist darauf hin, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden.

**Genehmigung der Tagesordnung:**

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 12.02.2026 fristgerecht verschickt.

Im Nachgang erreichten das Ortsamt vier Dringlichkeitsanträge.

Zunächst ist nach der Geschäftsordnung über die Dringlichkeit zu entscheiden.

Dringlichkeitsantrag 1:

„Schluss mit den Verzögerungen: Verbindlicher Zeitplan für den Helsingborger Platz!“

Antragsstellerin ist die FDP.

**Herr Serbest** begründet die Dringlichkeit. Das Projekt werde immer wieder ausgebremst.

Es sei keinem Bürger in Burglesum zu vermitteln, dass die Arbeiten laut Medienberichten gestoppt wurden, nur um "Kapazitäten für ein Projekt in der Innenstadt zu bündeln". Die Stadtteile dürften nicht zum Verschiebebahnhof für die Prioritäten der Kernstadt werden.

Zwar hieß es im Oktober 2025, dass die Planungen wieder laufen, aber es brauche mehr als vage Ankündigungen. Der Helsingborger Platz für die Menschen in Marßel und die soziale Struktur des Stadtteils viel zu wichtig, um ihn weiter auf der langen Bank liegen zu lassen. Die Bürger hätten ein Recht darauf, dass die versprochene Transparenz bei Zeitplan und Finanzen jetzt auch geliefert werde.

**Frau Wolter** findet es auch wichtig, sich damit zu beschäftigen, aber das sei nicht dringlich. Es reiche, nach dem Sachstand zu fragen und in nächster Sitzung darüber zu beraten. Terminlich sei man nicht in Verzug, sehe sie keine Dringlichkeit. Das Thema sei wichtig, aber nicht dringlich.

**Beschluss:** (3 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen)  
*Der Beirat sieht mehrheitlich keine Dringlichkeit.*

Dringlichkeitsantrag 2:

„Sofortmaßnahmen gegen die Kraterlandschaft in Burglesum – Verkehrssicherheit gewährleisten!“

Antragsstellerin ist die FDP. Herr Serbest begründet die Dringlichkeit mit der Gefährdung von Verkehrsteilnehmern. Er befürchtet sonst weitere Sach- und Personenschäden.

Dringlichkeitsantrag 3:

„Beseitigung von Winterschäden der Lesumer Heerstraße und Unter den Linden und Priorisierung dieses Straßenzuges in der Grundsanieung“

Antragsstellerin ist die CDU. Herr Hornhues sieht die Dringlichkeit insbesondere in der Reparatur der Schäden in der Lesumer Heerstraße und Unter den Linden. Die Straßen werden bei Behinderungen auf der A 270 als Ausweichstrecke genutzt werden.

Dringlichkeitsantrag 4:

„Zeitnahe Beseitigung von Winterschäden“

•Antragstellerin ist die SPD. Herr Heide teilt mit, dass die SPD die sofortige und priorisierte Sanierung betroffener Verkehrswege und akuter Gefahrenstellen fordert.

**Herr Heide** schlägt vor, die Dringlichkeit für alle drei Anträge gemeinsam zu beschließen, da es sich im Grunde um dasselbe Thema handele.

**Beschluss:** einstimmig

*Die Anträge werden zur Beratung unter TOP 6 aufgerufen.*

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Die geänderte Tagesordnung wird beschlossen.*

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 27.01.2026**

**Beschluss:** (einstimmig)

*Das Protokoll vom 27.01.2026 wird genehmigt.*

**TOP 2: Anträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger: innen**

keine

**TOP 3: Bericht zu den öffentlichen Spielplätzen im Stadtteil**

**Herr Boehlke** begrüßt **Frau Rowena Schröder** vom Amt für Soziale Dienste.

**Herr Boehlke** berichtet, dass letztmalig im Beirat die Vorstellung des Spielplatzes hinter dem Einkaufszentrum in Marßel stattfand.

Aus dieser Diskussion heraus habe sich ergeben, dass der Beirat gerne einmal über die öffentlichen Spielplätze im Stadtteil insgesamt sprechen möchte.

Wie sind die Zustände auf den einzelnen Plätzen? Welche Sanierungsmaßnahmen sind geplant? Gibt es konkrete Überlegungen für neue Standorte (z.B. im Ihletal)?

**Frau Schröder** berichtet mittels Präsentation (s. Anlage 1).

**Herr Hornhues** weist darauf hin, dass die Anklamer Straße in Lesum und nicht in St. Magnus sei. Er fragt, wie es bei Bauprojekten sei, ob man für die hausnahen Spielplätze in Kontakt mit den Bauherren sei.

**Frau Schröder** antwortet, dass hierfür das Bauamt zuständig sei, die Spielraumförderung nur beratend agiere.

**Frau Wolter** hofft, dass es auch Chancen gibt, etwas für Jugendliche zu bauen. Zum Beispiel im Ihletal.

**Herr Boehlke** fragt nach neuen Möglichkeiten im Ihletal. Der Wunsch sei nach wie vor da, gibt es konkrete Überlegungen?

**Frau Schröder** teilt mit, dass sie mit dem federführenden Ressort Rücksprache gehalten habe. Alle Umgestaltungen unterlägen bestimmten Qualitätskriterien und DIN-Normen; auch Klimaanpassungen und Inklusion müsse berücksichtigt werden. Daher wurden die Pläne für eine Spielplatz im Ihletal aufgegeben. Er war aufgrund seiner Hanglage nach den DIN-Normen für Inklusion nicht mehr geeignet. Es laufe daher eine Neubewertung, inwieweit ein anderer Standort infrage komme

**Frau Wolter** möchte wissen, welche Qualitätsanforderungen für hausnahe Spielplätze gelten.

**Frau Schröder** antwortet, diese seien im Kinderflächenspielgesetz geregelt.

**Herr Hornhues** erinnert daran, dass ein Spielplatz im Ihletal ein Versprechen im Rahmen der Baumaßnahmen war, es könne daher nur darum gehen, wann dieser umgesetzt werde und nicht, ob es überhaupt geschehe.

**Beschluss: (einstimmig)**

*Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und stellt fest, dass die finanziellen Mittel für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen nicht ausreichend sind. Er fordert die Senatorin für*

*Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf, die erforderlichen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen.*

*Darüber hinaus sieht der Beirat einen Bedarf an einem weiteren Spielplatz sowie einen Platz für Jugendliche im Ihletal und erwartet die zugesagte Umsetzung eines Spielplatzes. Die Spielraumförderung wird daher gebeten, hierfür ein Konzept zu erstellen und dem Beirat entsprechende Standortvorschläge vorzutragen.*

*Der Beirat erwartet die zugesagte Umsetzung des Spielplatzes und eines Jugendplatzes.*

**TOP 4: Geplante Anpassung des Planverfahrens zum Bebauungsplan 1277 (Geltungsbereich zwischen: südlich der Bahnstrecke Bremen-Vegesack – Bremen-Hbf, Alter Kirchweg, Auf dem Pasch, Ferdinand-Dreier-Weg, An Knoops Park)**

**Herr Boehlke** begrüßt Stefanie Rohbeck und Merle Tönsmeier vom Bauamt Bremen-Nord.

Er berichtet, dass der Bebauungsplan den Beirat schon seit dem Jahr 2012 beschäftigt. Auslöser sei damals ein Bauvorhaben im Hesterkamp gewesen, welches aufgrund eines fehlenden Bebauungsplanes nach §34 Baugesetzbuch genehmigt und errichtet wurde. Große Sorge bestand, dass sich so eine Entwicklung in diesem Gebiet fortsetzen würde, daher gab es einen Planaufstellungsbeschluss im Juni 2012.

Die Planungsziele sind unter anderem:

Sicherung der bestehenden Bebauungs- und Freiraumstruktur, behutsame Schaffung von Neu- und Umbaumöglichkeiten unter dem Leitbild der Innenentwicklung, langfristige Erhaltung der historischen und erhaltenswerten Gebäude zur Wahrung der Siedlungsstruktur. Ebenso die Sicherung des ortsbildprägenden Baumbestandes und von Grünstrukturen.

Die Bearbeitung stieß in den letzten Jahren dabei immer wieder auf verschiedene Probleme, die sicher heute erläutert werden.

Heute möchte das Bauamt darlegen, wie es mit der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanes verfahren möchte.

**Frau Rohbeck** schildert die neuen Rahmenbedingungen durch das neue Bundesbaugesetz und durch andere politische Zielsetzungen. Bauprojekte sollen schneller durchgeführt werden.

**Frau Tönsmeier und Frau Rohbeck** stellen zwei Alternativen mittels Präsentation vor (siehe Anlage 2).

**Frau Rohbeck** ergänzt, dass das bisherige Ziel des Bebauungsplanes die Sicherung des Bestandes war. Neue Baufenster waren nur im geringen Maße geplant. Bremen habe inzwischen das Ziel, 10.000 neue Wohnungen in Bremen zu ermöglichen. Die Sicherung von Freiräumen reiche nicht mehr aus.

Im Übrigen sei ein Artenschutzgutachten Voraussetzung. Ein solches Gutachten sei mit hohen Kosten verbunden. Weil das Plangebiet so groß sei, konnte jedoch kein Gutachten vergeben werden. Es fand sich kein Planungsbüro.

**Frau Schnaubelt** kritisiert, dass der eigentliche Bebauungsplan fertig und gut untersucht sei. Es wurde viel Geld investiert. Ein Artenschutzgutachten müsse ohnehin durchgeführt werden. Auf Grundstücken, wo es Verdichtungspläne gebe, stehen alte Buchen. Was ursprünglich erarbeitet wurde, werde nicht beachtet.

**Frau Wolter** merkt an, dass es ihr bewusst sei, dass Wohnungen gebaut werden müssen. Es müssten in Lesum ca. 660 Wohneinheiten entstehen. Sie wünsche sich ein Gesamtkonzept, wo in Lesum gebaut werden könnte.

**Herr Hornhues** merkt an, dass es den Beirat zum wiederholten Male einhole, dass etwas nicht fertig gestellt wird. Ziel müsse ein rechtlicher Rahmen sein.

**Frau Schnaubelt** spricht sich für die drei Teilbereiche aus.

**Herr Hornhues** ist für einen einfachen Bebauungsplan.

**Herr Heide** schlägt vor, die Beschlussfassung auf die kommende Sitzung zu vertagen.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und verweist die abschließende Beschlussfassung in die kommende Beiratssitzung.*

#### **TOP 5:           Beratung von Bürger\* innen- Anträgen                       Bahnübergang Am Vogelbusch**

Der Antrag ist am 12.12.2025 eingegangen. Antragsteller ist Jürgen Möller für die ADFC Stadtteilgruppe Bremen-Nord. Es geht um den Bahnübergang Am Vogelbusch. Es wird beantragt, die ursprüngliche Wegenutzung wieder herzustellen

**Herr Boehlke** erläutert, dass es Ziel war, einen beidseitigen barrierefreien Fußweg herzustellen. Bei der Herstellung des zunächst rechten Fußweges (aus dem Vogelbusch kommend) habe man gemerkt, dass der andere geplante Gehweg nicht in vorgeschriebener Breite hergestellt werden könne, weil dann der Fahrbahnquerschnitt nicht ausreichend sei. Die Deutsche Bahn wollte nicht zurückbauen und habe die fehlende Breite dann zulasten des gegenüberliegenden Gehweges ausgeglichen. Die Pläne wurden nicht angepasst. Eine Abnahme durch das Amt für Straßen und Verkehr sei noch nicht erfolgt.

Problematisch sei es, dass linksseitig vor der Bordsteinabsenkung ein Absperrgitter installiert wurde. An der Seite Knoop's Park wurde ein schmaler Schotterweg angelegt. Es sei keine Bordsteinabsenkung vorhanden um vom alten Weg auf den neuen Weg zu gelangen.

**Frau Wolter** hat sich vor Ort angeschaut, was gebaut wurde und dabei auch festgestellt, dass der Bahnübergang nur halb beschränkt sei. Das finde sie für Kinder sehr gefährlich. In der Nähe befände sich ein Spielplatz. Barrierefrei sei der Übergang auch nicht.

**Herr Heide** empfindet den neuen Bahnübergang als irgendwas zwischen Pfusch am Bau oder Schildbürgerstreich.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum stimmt inhaltlich dem Bürgerantrag zu und erwartet im Sinne des Bürgerantrags eine Überprüfung durch das ASV.  
Dabei sind folgende Punkte nachzubessern:*

- *Versetzung des Sperrgitters und der Beschilderung auf der Seite Vogelbusch, damit der abgesenkte Bordstein genutzt werden kann.*
- *Pflasterung der Schotterfläche entlang der Fahrbahn.*
- *Herstellung einer Bordsteinabsenkung gegenüber dem neu angelegten Fußweg, um eine barrierefreie Überquerung zu ermöglichen.*

*Der Beirat fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, auf die DB InfraGo einzuwirken, dass aus Sicherheitsgründen eine Komplettschließung des Bahnübergangs durch Schranken, analog zu anderen Bahnübergängen, zu erfolgen hat.*

## **TOP 6: Anträge der Fraktionen und Einzelmitglieder**

### **6.1 Aufstellung von öffentlichen Streukästen in Burglesum**

Antragsteller ist Bündnis Deutschland.

Beantragt wird, dass der Senat bzw. die zuständige Behörde aufgefordert wird, aus den Erkenntnissen des Winters 2025/2026 zu lernen und Verbesserungen zu treffen und daher öffentliche Streukästen im Ortsteil Burglesum neu aufstellen zu lassen.

**Herr Jurgan** begründet den Antrag. In vielen Wohngebieten werden kleinere Gehwege und Stichstraßen im Winter nicht regelmäßig von kommunalen Räumdiensten betreut. Dadurch entstehe für Anwohner eine erhöhte Rutschgefahr. Streukästen würden hier eine wirkungsvolle Lösung bieten.

**Herr Hornhues** sieht sich dazu bewogen einen weiter gehenden Antrag zu formulieren. Er schlägt vor, den Antrag zu ergänzen. Die betroffenen Stellen sollen aufgefordert werden, alle Wege und öffentliche Flächen in Burglesum im Winter so von Schnee und Eis freizuhalten, wie es zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht von jedem privaten Grundstückseigentümer gefordert wird. Die aufgetretenen und erkannten Lücken im öffentlichen Räumungsplan seien zu schließen.

Darüber hinaus sollen alle öffentlichen Straßen und Wege im Beiratsbereich, die derzeit nicht in der priorisierten Liste für die Schneeräumung enthalten sind, wenigstens mit Split oder ähnliches abgestreut werden, so dass das Überqueren für jedermann möglich ist. Eine Kontrolle der Einhaltung der Räumspflicht wird ebenso erwartet.

**Frau Wolter** begrüßt den Vorschlag.

**Herr Jurgan** findet die Ergänzung gut.

**Herr Hornhues** fügt hinzu, dass ein Ergebnisbericht erwartet werde.

**Herr Boehlke** lässt zunächst über den weitergehenden Antrag abstimmen.

**Beschluss:** *(einstimmig bei einer Enthaltung)*

*Der weitergehende Antrag wird angenommen.*

**Beschluss:** *(einstimmig)*

*Der Beirat Burglesum fordert die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft sowie die zuständigen Stellen auf, die Zahl und Orte von Streukästen im Beiratsbereich zu überprüfen und auf der Basis der Erfahrungen des Winters 2026 anzupassen.*

*Darüber werden die betroffenen Stellen aufgefordert alle Wege und öffentliche Flächen in Burglesum im Winter so von Schnee und Eis freizuhalten, wie es zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht von jedem privaten Grundstückseigentümer gefordert wird und die aufgetretenen und erkannten Lücken im öffentlichen Räumungsplan zu schließen.*

*Darüber hinaus sind alle öffentliche Straßen und Wege im Beiratsbereich, die derzeit nicht in der priorisierten Liste für die Schneeräumung enthalten sind, wenigstens mit Split o. ä. so abzustreuen, dass das Überqueren für jedermann möglich ist. Eine Kontrolle der Einhaltung der Räumpflicht wird ebenso erwartet. Ein Ergebnisbericht wird dazu erwartet.*

### **6.3 Anträge zur Beseitigung von Winterschäden**

Hierzu liegen drei Anträge vor. Die Begründung der Anträge erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs.

**Herr Serbest** schlägt vor, alle Anträge in einem Beschluss zusammenzufassen, weil sie inhaltlich gleich seien.

**Herr Hornhues** freut sich über die gemeinsam beschlossene Dringlichkeit. Inhaltlich sei es ein Antrag. Er merkt an, dass die große Verbindungsstrecke Grambker Heerstraße, Lesumer Heerstraße und Stader Landstraße als erstes von der Sperrung A270 besonders betroffen sein werde. Dort sollten unverzüglich die Schäden beseitigt werden.

**Herr Heide** regt an, einen verbindlichen Priorisierungs- und Zeitplan sowie ein Kataster der marodesten Straßen zu fordern. Ausweichstrecken der A 270 müssten bevorzugt werden.

Es folgt eine Diskussion mit diversen Vorschlägen und Anmerkungen von **Frau Schnaubelt, Herr Serbest, Herrn Hornhues und Herrn Heide.**

Man verständigt sich auf nachfolgenden Beschluss.

#### **Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum fordert die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, zu veranlassen, dass die Winterschäden auf den Fahrbahnen der Burglesumer Hauptverbindungsstrecken, wie der Stader Landstraße, Grambker Heerstraße, sowie Lesumer Heerstraße und Unter den Linden (hier vor Sperrung der A270) unverzüglich beseitigt werden.*

*Darüber hinaus erwartet er einen verbindlichen Priorisierungs- und Zeitplan über den Umgang mit den sanierungsbedürftigsten Straßen, insbesondere die Grundsanieerung der vorgenannten Hauptverkehrsstraßen im Stadtteil.*

#### **TOP 7: Stellungnahme des Beirats zu den Vorplanungen der Ausbaustrecke Bremen-Burg – Langwedel („3. Bahngleis“ und Haltepunkt Grambke)**

**Herr Boehlke** teilt mit, dass eine gemeinsame Beiratssitzung am 17.12.2025 stattgefunden habe.

Die Beiräte haben bis Ende Februar Zeit, eine Stellungnahme zu den bisherigen Vorplanungen abzugeben.

**Frau Wolter** formuliert einen Beschlussvorschlag.

**Beschluss:** (einstimmig)

*Der Beirat Burglesum begrüßt den vorgestellten Ausbauplan mit dem gezeigten lückenlosen Lärmschutz und dem zusätzlichen Haltepunkt Grambke. Aufgrund der deutlichen Aufstockung der Lärmschutzwände auf 6m sollen dort, wo sie Wohnbauten und Gärten verschatten, im oberen Bereich durchsichtige Lärmschutzelemente eingesetzt werden.*

**TOP 8: Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

- Veränderungen in den Fachausschüssen:
  - FA Soziales, Kultur und Gesundheit: Hartmut Kusber
  - FA Umwelt, Klimaschutz und Sport: Niels Heide
  
- 26.02.2026: Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Gesundheit (19 Uhr, SG Marßel e.V.)

**TOP 9: Mitteilungen der Beiratssprecherin**

Keine

**TOP 10: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten**

Herr Hornhues berichtet von der Beirätekonzferenz. Der Bildungssenator habe sämtliche Schulformen in Bremen vorgestellt. Der Kita-Ausbau ist so weit, dass nun langsam eine Überversorgung erreicht wurde. Leider kann der Schulentwicklungsplan noch nicht weiterverfolgt werden, da zunächst in Blumenthal der Campus fertig gestellt werden muss. Erst dann könne man den Standort Alwin-Lonke-Schule weiter planen.

**Herr Boehlke** schließt die Sitzung um 21:15 Uhr.

**gez. Boehlke**  
Vorsitzender

**gez. Wolter**  
Sprecherin des Beirates

**gez. Sabine Tietjen**  
Protokoll